Stadt Kamen **Niederschrift**

PuS

über die
4. Sitzung des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses
am Dienstag, dem 05.10.2021
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:00 Uhr

Anwesend

SPD
Herr Denis Aschhoff
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Jan Kalthoff
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Bastian Nickel
Frau Nadine Pasalk
Herr Oliver Syperek

CDU
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Stefan Helmken
Herr Heinrich Kissing
Herr Marco Korte
Herr Andreas Sude
Herr Martin Wilhelm

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Peter Gerwin
Herr Marian-Rouven Madeja

FW Kamen
Herr Dennis Kobus

FDP
Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL
Herr Andreas Meier

Sachverständige Bürger gem. § 23 Abs. 2 Satz 3 DSchG NRW
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- und Straßenentwicklungsausschusses
Herr Winfried Borgmann
Herr Klaus Michallik

Verwaltung
Herr Matthias Breuer
Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Christin Maier

Gäste
Frau Feigs, Büro Plan-Lokal, Dortmund
Herr Körbel, Büro Plan-Lokal, Dortmund
Frau Teschner, Landschaftsarchitekten, Dülmen
Herr Teschner, Landschaftsarchitekten, Dülmen

Entschuldigt fehlten
Herr Mehmet Akca
Herr Roland Borosch
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

Alsdann eröffnete Herr **Kissing** form- und fristgerecht die einberufene Sitzung des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses. Des Weiteren begrüßte er die anwesenden Ausschussmitglieder, Gäste, Verwaltungsmitglieder sowie die Presse. Die Tagesordnung ist bei allen Ausschussmitgliedern fristgerecht eingegangen.
Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass es eine Änderungsbitte der Verwaltung gebe, den Tagesordnungspunkt 4 abzusetzen und in eine nächste Sitzung zu verschieben. Es sei der Verwaltung nicht möglich gewesen das Thema inhaltlich vollständig vorzubereiten.
Die Änderung der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.
Herr **Kissing** erkundigte sich, ob es weitere Änderungen, Hinweise oder Anregungen zur TO gibt. Dies wurde verneint.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Weiterentwicklung des „Handlungskonzeptes Wohnen“ für das Kamener Stadtgebiet Einstieg in die Erarbeitung mit Vorstellung der Konzeptionierung durch das beauftragte Büro	
3	Stadtumbaugebiet Kamen-Heeren-Werve hier: Sachstandsbericht der Verwaltung zu den Maßnahmen „Grünes Klassenzimmer“ Heerener Holz (M 8) sowie Spielplatz Bergstraße und kleiner Park an der VHS (ehem. Käthe-Kollwitz-Schule – M 9) sowie Präsentation des aktuellen Vorplanungsstandes durch das Büro Teschner, Dülmen	

4	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 79 Ka „Nahversorgungszentrum Lünener Straße“ und 4. Änderung des Flächennutzungsplanes hier: Sachstandsbericht	137/2021
5	Gestaltungssatzung der Stadt Kamen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen und unbebauter Flächen bebauter Grundstücke für die Bebauungsplanbereiche Nr. 68 Ka „Im Grund“ und Nr. 71 Ka „Bogenstraße“ Neufassung der Satzung für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 68 Ka „Im Grund“ sowie Anpassung der Satzung für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 71 Ka „Bogenstraße hier: Satzungsbeschluss	131/2021
6	Information zur Aufstellung eines Denkmalpflegeplans für das Gemeindegebiet der Stadt Kamen	133/2021
7	Nichtberücksichtigung der Bewerbung des Welterbe-Projektes „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“ für die Fortschreibung der deutschen Tentativliste „UNESCO-Welterbe“ durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen	132/2021
8	Bericht der Verwaltung zur mittel- bis langfristigen Strategie zur weiteren Ausweisung von Bau- und Siedlungsgebieten in der Stadt Kamen hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
9	Öffnung und Ausbau des Betriebsweges am Heerener Mühlbach hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
10	Vorstellung und Diskussion des Bebauungsplanes Nr. 78 Ka, Wohnen am Fluss hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
11	Bauvorhaben im Stadtgebiet	
12	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Weiterentwicklung des „Handlungskonzeptes Wohnen“ für das Kamener Stadtgebiet
Einstieg in die Erarbeitung mit Vorstellung der Konzeptionierung durch das beauftragte Büro

Herr **Körbel**, Geschäftsführer des beauftragten Planungsbüros plan-lokal aus Dortmund, leitete den Vortrag ein und erläuterte in diesem Zusammenhang, dass das Handlungskonzept Wohnen aus dem Jahr 2012 fortgeschrieben werde. Herr Körbel stellte zu Anfang des Vortrags das Planungsbüro vor, in der weiteren Folge ging Herr Körbel auch auf die Historie des Büros ein und stellte bereits abgeschlossene Projekte in Zusammenarbeit mit der Stadt Kamen vor. Herr Körbel wird künftig für die Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen die Projektleitung übernehmen und Frau Feigs die Projektbearbeitung.

Im weiteren Verlauf der Präsentation übernahm Frau **Feigs** das Wort. Frau Feigs stellte die Ziele sowie den Zeitablauf der Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen vor (s. Präsentation). Alsdann bedankte sich Herr **Kissing** für den Vortrag bei Herrn Körbel und Frau Feigs von plan-lokal.

Herr **Heidler** begrüßte die Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen. Des Weiteren betonte Herr Heidler, dass das Handlungskonzept Wohnen aus dem Jahre 2012 bereits als eine gute Grundlage diente, aber nicht mehr den aktuellen Stand wiederspiegeln würde. Daher sei eine neue Grundlage wichtig. Als positiv wurde der partizipative Ansatz des Konzeptes empfunden.

Herr **Helmken** erkundigte sich, welche Wohnungsmarktakteure in die Schlüsselpersonengespräche und in die Workshops zur Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen einbezogen werden sollen. Des Weiteren fragte Herr Helmken, ob die Integration von Wohnungsmarktakteuren in den Prozess Gefahren bergen würde.

Frau **Feigs** erläuterte auf Grundlage der Präsentation mögliche Akteure, welche in den Prozess integriert werden könnten. Es sei von Wichtigkeit, dass die Wahl der Wohnungsmarktakteure möglichst ausgeglichen sei.

Herr **Fuhrmann** informierte sich, welche Maßnahmen aus dem Handlungskonzept Wohnen aus dem Jahr 2012 bereits umgesetzt worden seien. Des Weiteren erkundigte sich Herr Fuhrmann, ob das Handlungskonzept Wohnen auch Themen, wie den Umgang mit Schrottimmobilien aufgreifen würde.

Frau **Feigs** entgegnete, dass in Hinblick auf mögliche Themen alle Optionen denkbar seien. Wohingegen Programme, wie bspw. „Jung kauft Alt“ auf Einzelfälle abzielen würden, aber sich nicht auf ein ganzes Quartier anwenden ließen. Es sei davon auszugehen, dass alle Optionen hinsichtlich des Bestandes berücksichtigt werden würden, einschließlich Klimaschutzaspekte.

Herr **Dr. Liedtke** fügte hinzu, dass zudem alle weiteren Potenziale, in bereits bestehenden und rechtskräftigen Bebauungsplänen betrachtet und analysiert werden würden.

Herr **Fuhrmann** befürwortete, dass auch kritische Wohnungsmarktakteure in die Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen mit einbezogen werden sollen.

Herr **Gerwin** befürwortete die Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen und fügte hinzu, dass er bereits auf das Ergebnis gespannt sei. Ergänzend fügte Herr Gerwin hinzu, dass insbesondere die Ansprüche von Senioren thematisiert werden sollen und er darauf hoffe, dass die künftig erarbeiteten Maßnahmen auch anwendbar seien. Betroffene sollen zudem informiert werden.

Herr **Körbel** betont, dass es sehr wichtig sei, Potenziale und Angebote, wie altengerechtes Wohnen im Stadtgebiet zu schaffen, damit Senioren auch weiterhin in ihrem Quartier wohnen bleiben können.

Die Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen wurde von Herrn **Kasperidus** begrüßt, um die aktuelle Entwicklung des Kamener Wohnungsmarktes abbilden zu können.

Darüber hinaus erkundigte sich Herr **Kissing** nach dem angedachten Zeitablauf für die Fortschreibung des Konzeptes.

Künftig werde der Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss in die Entwicklung des Handlungskonzepts Wohnen bis zur Fertigstellung einbezogen, teilte Herr **Dr. Liedtke** mit.

Herr **Sude** erkundigte sich, ob auch mobile Pflegedienste mit in die Fortschreibung des Konzeptes involviert werden, da sie hinsichtlich der Bedürfnisse und der Nachfrage bzgl. seniorengerechter Wohnformen wichtige Impulse geben könnten.

Herr **Körbel** entgegnete, dass die Stadt Hamm eine solche Fragestellung, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Gerontologie e.V., in dem Handlungskonzept „Wohnen und Pflege 2025“ konkretisiert habe. Dies sei für die Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen nicht vorgesehen, da die Einbeziehung von mobilen Pflegediensten in diesem Kontext zu detailliert sei.

Herr **Dr. Liedtke** verwies auf den Seniorenbeauftragten, welcher in den fortlaufenden Prozess involviert werde.

Herr **Kobus** erkundigte sich nach dem Bearbeitungsstand weiterer Handlungskonzepte, wie dem Integrierten Klimaschutz- oder Quartierskonzept für energetische Sanierungsmaßnahmen. Zugleich informierte sich Herr Kobus, ob die unterschiedlichen Handlungskonzepte miteinander abgestimmt werden würden.

Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass die Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzepts bereits im vergangenen Umwelt- und Klimaschutzausschuss am 04.11.2021 thematisiert worden sei. Demnach sollen die Fortschreibungen des Integrierten Klimaschutzkonzepts sowie des Handlungskonzepts Wohnen, das integrierte Handlungskonzept Kamen-Methler sowie das integrierte Quartierskonzept für energetische Sanierungsmaßnahmen untereinander und miteinander abgestimmt werden.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich bei Herrn Dr. Liedtke, ob auch das Nahmobilitätskonzept in die Fortschreibung des Handlungskonzepts Wohnen integriert werde. Des Weiteren informierte sich Frau Dörlemann nach bereits umgesetzten Maßnahmen aus dem Nahmobilitätskonzept.

Ein Umsetzung von Maßnahmen aus dem Nahmobilitätsgesetz erfolgt regelmäßig, allerdings würden viele Maßnahmen in andere Zuständigkeiten fallen, entgegnete Herr **Breuer** und können so nicht durch die Stadt Kamen direkt umgesetzt werden.

Herr **Kissing** dankte Herrn Körbel und Freu Feigs für den Vortrag.

Zu TOP 3.

Stadtumbaugebiet Kamen-Heeren-Werve
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung zu den Maßnahmen „Grünes Klassenzimmer“ Heerener Holz (M 8) sowie Spielplatz Bergstraße und kleiner Park an der VHS (ehem. Käthe-Kollwitz-Schule – M 9) sowie Präsentation des aktuellen Vorplanungsstandes durch das Büro Teschner, Dülmen

Vorab stellte Frau **Teschner**, Mitarbeiterin des Büros für Landschaftsarchitektur Teschner, ihren beruflichen Werdegang und ihren Schwerpunkt sowie das Büro Teschner vor. Im Anschluss präsentierte Frau Teschner den anwesenden Ausschussmitgliedern den Planungsstand der Maßnahme „Grünes Klassenzimmer“ M8 vor (s. Präsentation).

Herr **Aschhoff** befürwortete die Planung. Zugleich regte Herr Aschhoff an, dass die Maßnahme möglichst vor Vandalismus zu schützen sei.

Herr **Kasperidus** bedankte sich bei Frau Teschner für den Vortrag und erkundigte sich in diesem Zuge, ob ausreichend Sitzmöglichkeiten für Personen, die die Kinder begleiten, eingeplant seien.

Frau **Teschner** verwies auf die nördlich und südlich gelegenen Picknickbereiche sowie weitere Sitzmöglichkeiten im Plangebiet. Zudem sei die Entwurfsplanung bereits Erwachsenen vorgestellt worden, wobei festgestellt wurde, dass sich Erwachsene vor allem Tischkombinationen wünschen würden.

Herr **Fuhrmann** begrüßte ebenfalls die Planung und erkundigte sich indes, ob eine Einfriedung für das „grüne Klassenzimmer“ vorgesehen sei. Zudem informierte er sich, ob im Rahmen der Planung ein Beleuchtungskonzept angedacht sei, um die Anonymität einzuschränken, da das „grüne Klassenzimmer“ seitens der Rosenstraße nicht einsehbar sei.

Frau **Teschner** erwiderte, dass der Entwurf die bestehende Einfriedung übernehme. Eine Beleuchtung sei nicht vorgesehen. Der Förster bemängelte zudem, dass die spielenden Kinder auch den Wald (Naturschutzgebiet) abseits der offiziellen Wege nutzen könnten. Hierzu sei angedacht, im Randbereich der Fläche die vorhandenen Trampelpfade zu bepflanzen, sodass der Zugang zum Wald hier erschwert würde.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich bei Frau Teschner, ob es einen Schlüssel für die Truhe des „grünen Klassenzimmers“ geben wird.

Es sei noch nicht abschließend beschlossen worden, welche Institution den Schlüssel für die Truhe erhalten werde. Möglich seien, dass die drei angrenzenden Kindertagesstätten sowie die Astrid-Lindgren-Schule Schlüssel für die Truhe erhalten werden, erklärte Frau **Teschner**.

Frau Teschner erläuterte des Weiteren die Planungen zur Maßnahme M8 „Bergstraße“ (s. Präsentation). Zudem berichtete Frau Teschner, dass sich viele Anwohnerinnen und Anwohner mit Vorschlägen bei ihr gemeldet hätten, welche auch schon in die Planung eingeflossen seien. Des Weiteren erläuterte Frau Teschner die Details der Entwurfsplanung, die verschiedenen Bereiche des Parks sowie die unterschiedlichen Ansprüche an die Nutzergruppen.

Herr **Fuhrmann** begrüßt die Planung des Parks an der VHS und regte weitere vergleichbare Planungen für die übrigen Stadtteile der Stadt Kamen an. Zudem erkundigte sich Herr Fuhrmann bei Frau Teschner wie das weitere Verfahren geplant sei und wie die Finanzierung der Planung geregelt sei.

Auch von Herrn **Kobus** wurde die Vorplanung begrüßt. Zusätzlich fragte Herr Kobus, ob die Planung auch für Kinder und Jugendliche mit Handicap geeignet sei.

Herr **Helmut** regte an, ob auch ein nachhaltiger Bodenbelag für die Maßnahme in Frage kommt.

Frau Teschner entgegnete, dass dies aufgrund der ganzjährigen Bespielung des Platzes problematisch sei. Dies sei nur mit dem EPDM-Bodenbelag möglich.

Hierzu entgegnete Frau **Teschner**, dass der Bolzplatz barrierefrei gestaltet sei, um möglichst viele Nutzergruppen anzusprechen. Zusätzlich könne der Bolzplatz auch für andere Spiele genutzt werden.

Aufgrund der Flächenreduzierung des derzeit bestehenden Ascheplatzes, bestehe zum einen die Gefahr die Bewegungsmöglichkeiten sowie die Aktivitäten anderer Nutzergruppen einzugrenzen und zum anderen seien zu viele Maßnahmen realisiert worden, bemerkte Herr **Kasperidus**.

Auf Herr Kasperidus Frage entgegnete Frau **Teschner**, dass möglichst viele Nutzergruppen angesprochen werden sollen, um ein gemeinsames Spielen zu ermöglichen. Zudem haben Ortsbegehungen ergeben, dass der Bolzplatz in der Vergangenheit von nicht mehr als zwei bis drei Kindern gleichzeitig genutzt worden sei.

Herr **Dr. Liedtke** griff die Kostenfrage der Planung erneut auf und bat Frau Teschner um Einschätzung.

Frau **Teschner** antwortete, dass die Kosten höher als erwartet ausgefallen seien.

Herr **Dr. Liedtke** fügte ergänzend hinzu, dass eine erste Förderung der Maßnahme M8 und M9 im Programmjahr 2021 aus dem Städtebauförderungsprogramm bewilligt worden sei. Zudem sei zum Städtebauförderungsprogramm 2022 für die darüber hinaus kalkulierten Kosten ein Antrag auf abschlussorientierte Finanzierung für die Maßnahme eingereicht worden. Entsprechende Mittel wurden für den Haushalt 2022 angemeldet. Zudem zeigte Herr Dr. Liedtke Verständnis für Herrn Fuhrmanns Anregung, diese Maßnahmen in weiteren Stadtteilen umsetzen zu wollen.

Sodann nahm Frau **Teschner** erneut Bezug auf Herrn Kobus Nachfrage und erläuterte, dass das „grüne Klassenzimmer“ nicht barrierefrei gestaltet sei. Allerdings verwies Frau Teschner darauf, dass dies nicht nötig gewesen sei, weil der Spielplatz für Kleinkinder geplant sei und daher anzunehmen sei, dass diese mit einer Aufsichtsperson den Spielplatz besuchen würden.

Herr **Wilhelm** befürwortete die Planung und erkundigte sich bei Herrn Dr. Liedtke und Frau Teschner nach der Höhe der Unterhaltungskosten der Maßnahmen M8 und M9.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete auf Herrn Wilhelms Nachfrage, dass die Unterhaltungskosten für die Maßnahmen M8 und M9 zu kalkuliert seien. Sodann fügte Herr Dr. Liedtke hinzu, dass das Geld für die Planung sehr gut angelegt sei.

Herr **Meier** erkundigte sich, ob die Maßnahmen laut Definition als Spielplatz einzuordnen seien.

Frau **Teschner** erklärte, dass ihr eine Definition nicht bekannt sei.

Zu TOP 4.
137/2021

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 79 Ka „Nahversorgungszentrum Lünener Straße“ und 4. Änderung des Flächennutzungsplanes
hier: Sachstandsbericht

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte den anwesenden Ausschussmitgliedern die Neuplanung des Nahversorgungszentrums an der Lünener Straße. So seien unter anderen eine Dachbegrünung, eine ausreichende Stellplatzanzahl

sowie Fahrradabstellanlagen geplant. Im Anschluss erklärte Herr Dr. Liedtke die Ansichten (s. Präsentation) des Neubaus. In diesem Zusammenhang berichtete Herr Dr. Liedtke, dass das in Bearbeitung befindliche Integrierte Einzelhandelskonzept, im Rahmen einer Wirkungsanalyse für die Erweiterung der Lebensmittelmärkte ALDI Nord und Rewe, das geplante Nahversorgungszentrums an der Lünener Höhe geprüft habe. Das zuständige Planungsbüro Junker+Kruse aus Dortmund kam zu dem Ergebnis, dass die Neuordnung keine negativen städtebaulichen Auswirkungen in Kamen oder anderen Gemeinden habe. Die künftige Versorgung des Quartiers entspräche der Nachfrage. Derzeit werde der städtebauliche Vertrag, welcher zwischen Vorhabenträger und der Stadt Kamen geschlossen werde, aufgesetzt. Hierüber wird der Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss bzw. der Rat der Stadt Kamen zeitnah informiert, fügte Herr Dr. Liedtke hinzu.

Herr **Fuhrmann** bedankte sich bei Herrn Dr. Liedtke für die ausführliche Darstellung. Alsdann regte Herr Fuhrmann bedenken zu der geplanten Ausfahrt an der Lünener Straße an und erkundigte sich, ob dies eine Notfallausfahrt sei.

Eine Ausfahrt für die allgemeine Nutzung sei nicht geplant, stattdessen fänden Überlegungen statt, dass die Ausfahrt allenfalls für Lieferverkehre oder als Notfallausfahrt bestehen bleiben könne. Allerdings sei dies noch nicht abschließend vereinbart, erläuterte **Herr Breuer**.

Indes kritisierte Herr **Helmken**, dass Lieferverkehre in Folge der Neuplanung rückwärtig rangieren müssten, dies könnte zu einer weiteren Belastung der Anwohner führen.

Herr **Breuer** entgegnete, dass Lieferverkehre bereits derzeit rückwärtig rangieren müssten, zukünftig die Anlieferung zur Gartenstadt hin jedoch vollständig geschlossen sei.

Zu TOP 5.
131/2021

Gestaltungssatzung der Stadt Kamen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen und unbebauter Flächen bebauter Grundstücke für die Bebauungsplanbereiche Nr. 68 Ka „Im Grund“ und Nr. 71 Ka „Bogenstraße“ Neufassung der Satzung für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 68 Ka „Im Grund“ sowie Anpassung der Satzung für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 71 Ka „Bogenstraße
hier: Satzungsbeschluss

Herr **Breue**r verwies auf die Beschlussvorlage (s. Anlage) und informierte die Anwesenden Ausschussmitglieder, dass die Gestaltungssatzung mit dem Wohnungsunternehmen Vonovia und den Privateigentümern abgestimmt sei. Eine Beschlussfassung sei daher zu empfehlen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt:
Gestaltungssatzung der Stadt Kamen über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen und unbebauter Flächen bebauter Grundstücke für die Bebauungsplanbereiche Nr. 68 Ka „Im Grund“ und Nr. 71 „Bogenstraße“. Neufassung der Satzung für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 68 Ka „Im Grund“ sowie Anpassung der Satzung für den Bebauungsplan Nr. 71 Ka „Bogenstraße“

1. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
133/2021

Information zur Aufstellung eines Denkmalpflegeplans für das Gemeindegebiet der Stadt Kamen

Herr **Kissing** verwies auf die Mitteilungsvorlage.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass der Denkmalpflegeplan ein kommunales Handlungsinstrument sei und als Grundlage für die Anwendung weiterer Instrumente des städtebaulichen Denkmalschutzes diene, wie bspw. der Denkmalbereichssatzung.

Herr **Heidler** befürwortete die Aufstellung eines Denkmalpflegeplans für das Gemeindegebiet der Stadt Kamen. Zugleich betonte Herr Heidler, dass die Wahl des richtigen Instruments zur Erhaltung der historischen Bausubstanz von hoher Bedeutung sei. Die Aufstellung eines Denkmalpflegeplans sei eine gute und solide Grundlage.

Herr **Stoltefuß** wies darauf hin, dass es die Pflicht einer Gemeinde sei, eine Denkmalbereichssatzung zu erlassen. Nachfolgend kritisierte Herr Stoltefuß, die fehlende Kommunikation zwischen der Stadtverwaltung Kamen, da er auf Anfrage bei der Bürgermeisterin keine Antwort auf sein Anliegen erhalten habe. Demzufolge habe Herr Stoltefuß das Gespräch mit der oberen Denkmalschutzbehörde gesucht. Schlussendlich forderte Herr Stoltefuß die Stadtverwaltung Kamen dazu auf, zeitnah eine Denkmalbereichssatzung zu erlassen. Er gab des Weiteren den Nutzen eines Denkmalpflegeplans zu bedenken, daher sei der Erlass einer Denkmalbereichssatzung unabdingbar. Ergänzend fügte Herr Stoltefuß hinzu, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsveranstaltung „Innenstadt-Forum“ am 02.10.2021, nicht der Erhalt des historischen Stadtkerns thematisiert worden sei.

Herr **Dr. Liedtke** erwiderte, dass die Aufstellung eines Denkmalpflegeplans eine Pflichtaufgabe sei. Der Denkmalpflegeplan sowie die Bestandsanalyse würden die Grundlage für den Beschluss einer ggf. notwendigen Denkmalbereichssatzung bilden.

Herr **Wilhelm** befürwortete das Vorgehen der Stadtverwaltung Kamen und erläuterte nachfolgend die Stellungnahme des LWL´s.

Im Anschluss erläuterte Herr **Stoltefuß** wiederholt die positiven Aspekte einer Denkmalbereichssatzung.

Frau **Dörlemann** befürwortete die Aufstellung des Denkmalpflegeplans sowie das Vorgehen der Verwaltung. So sei die Aufstellung eines Denkmalpflegeplans als Bestandsanalyse von hoher Bedeutung. Des Weiteren plädierte Frau Dörlemann dafür, die historische Altstadt zu erhalten.

Herr **Kasperidus** begrüßte die Aufstellung des Denkmalpflegeplans. Der Denkmalpflegeplan sei zwar ein informelles Instrument, bilde aber den Grundstein für den Erlass einer möglichen Denkmalbereichssatzung.

Herr **Fuhrmann** befürwortete die Arbeit sowie das weitere Vorgehen der Stadtverwaltung Kamen. Abschließend sprach er sein Vertrauen in die Arbeit der Stadtverwaltung Kamen aus. Abbrüche von historischen Gebäuden seien aus unterschiedlichen Gründen notwendig, begründete Herr Fuhrmann sein Anliegen.

Um 20.00 Uhr verließ Frau **Schaumann** die Sitzung des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses.

Der Denkmalpflegeplan sei ein Instrument des städtebaulichen Denkmalschutzes, für den Schutz der denkmalgeschützten Bausubstanz, ergänzte Herr **Kissing**. Anschließend verwies Herr Kissing auf einen Zeitungsartikel des Hellweger Anzeigers vom 5. Oktober 2021, welcher die Zielkonflikte zwischen dem Denkmalschutz und anderer Belange verdeutliche: So sei beispielsweise aufgrund der denkmalgeschützten Villa der Stadtentwässerung Kamen kein größerer und sicherer Kreisverkehr an der Kreuzung Westicker Straße/ Bahnhofstraße/ Koppelstraße realisierbar gewesen.

Herr **Stoltefuß** plädierte erneut für den Erlass einer Denkmalbereichssatzung und wies wiederholt darauf hin, dass der Denkmalschutz ein Teil der Stadtentwicklung sei.

Herr **Kissing** entgegnet auf Herrn Stoltefuß Appell, dass er diesen zu Kenntnis genommen habe.

Zu TOP 7.
132/2021

Nichtberücksichtigung der Bewerbung des Welterbe-Projektes „Industrielle Kulturlandschaft Ruhrgebiet“ für die Fortschreibung der deutschen Tentativliste „UNESCO-Welterbe“ durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Herr **Kissing** stellte fest, dass der Ausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen habe.

Zu TOP 8.

Bericht der Verwaltung zur mittel- bis langfristigen Strategie zur weiteren Ausweisung von Bau- und Siedlungsgebieten in der Stadt Kamen
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Herr **Gerwin** erläuterte den Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen und erkundigte sich, welche Schwerpunkte das Handlungskonzept Wohnen vorsehe.

Herr Dr. **Liedtke** verwies auf Nachfrage von Herrn Gerwin nach den Schwerpunkten des Handlungskonzepts Wohnen auf den zweiten Tagesordnungspunkt des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses. Bezugnehmend auf den Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen erklärte Herr Dr. Liedtke, dass der Flächennutzungsplan die Grundlage der Verwaltungsarbeit darstelle und dieser strikt eingehalten worden sei. Flächennutzungsplanänderungen seien seit 2014 nur dreimal erfolgt. Nachfolgend verwies Herr Dr. Liedtke auf die Biodiversität in der Klimaschutzsiedlung und auf das laufende Bauleitplanverfahren „Wohnen am Fluss“, wo bereits an anderer Stelle im Stadtgebiet eine Ausgleichsfläche festgesetzt wurde.

Um 20.10 Uhr verließ Herr Stoltefuß die Sitzung des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses.

Herr **Aschhoff** fügte hinzu, dass aktuell anfallende Projekte bereits seit mehreren Jahren bearbeitet wurden. Auch würden brachliegende Flächen einer neuen Nutzung zugeführt. Im Vergleich zu den umliegenden Nachbarstädten, sei in Kamen sehr wenig Wohnraum entwickelt worden.

Anhand des Vortrags von Herrn **Körbel** und Frau **Feigs** von plan-lokal seien bereits alle Punkte der Anfrage beantwortet worden, ergänzte Frau **Dörlemann**.

Nachfolgend fügte Herr **Dr. Liedtke** ergänzend hinzu, dass alle ehemaligen Zechenbrachflächen vollständig reaktiviert wurden.

Herr **Kissing** verwies darauf, dass die Stadtverwaltung Kamen derzeit das Handlungskonzept Wohnen ausarbeite.

Herr **Gerwin** bedankte sich abschließend für die Informationen.

Zu TOP 9.

Öffnung und Ausbau des Betriebsweges am Heerener Mühlbach
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Frau **Dörlemann** bat Herrn Dr. Liedtke um einen Sachstandsbericht.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass ein landschaftsökologisches Gutachten zur Bewertung des Sachverhalts benötigt werde. Des Weiteren führt Herr Dr. Liedtke fort, dass das Gutachten derzeit noch nicht vorliegen würde und

somit eine weitergehende Entscheidung nicht möglich sei, da die Öffnung und der Ausbau des Betriebsweges am Heerener Mühlbach an das Gutachten gekoppelt sei. Abschließend fügte er hinzu, dass der Rat der Stadt Kamen sowie der Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss informiert werde, sobald der Stadtverwaltung Kamen das landschaftsökologische Gutachten vorliegen würde.

Herr **Heidle**r betonte, dass eine lange Arbeitsphase für eine sorgsame und Rundumbetrachtung sprechen würde.

Frau **Dörlemann** sprach sich dafür aus, dass auch ein alternativer Radweg am Südfeld zu prüfen sei. Auch die Fraktion B90/ Die Grünen erwarte die Stellungnahme des NABU mit Spannung, um eine Entscheidung treffen zu können.

Zu TOP 10.

Vorstellung und Diskussion des Bebauungsplanes Nr. 78 Ka, Wohnen am Fluss
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Herr **Madeja** erklärte, dass nach der letzten Ratssitzung noch Diskussionsbedarf seitens der Fraktion B90/ Die Grünen bestehe. Nachfolgend erörterte Herr Madeja den anwesenden Ausschussmitgliedern den Antrag.

Frau **Dörlemann** fügte ergänzend hinzu, dass die Fraktion der B90/ Die Grünen bereits im Jahr 2016 gegen den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans Nr. 78 Ka „Wohnen am Fluss“, aufgrund der hohen Flächenversieglung sowie der Beeinträchtigung der bestehenden Luftschneise, gestimmt hätten. Die Hochwasser-Katastrophe im August diesen Jahres habe die Bedenken bekräftigt, da der Geltungsbereich im Gefahrengebiet eines potenziellen Hochwasserereignisses liegen würde. Des Weiteren kritisierte Frau Dörlemann die bevorstehende Versiegelung des Planbereichs hinsichtlich zukünftiger Hochwasserereignissen. Zudem befürchtete sie, dass erhebliche finanzielle Schäden auf die künftigen Anwohner des Quartiers „Wohnen am Fluss“, infolge eines Hochwasserereignisses, zukommen könnten.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete, dass eine Unterkellerung, aufgrund der vorhandenen Untergrundverhältnisse, in dem Plangebiet nicht empfohlen werde. Derzeit simuliere der Lippeverband die neuen Überflutungsbereiche. Daher liege die Stellungnahme, unter Berücksichtigung tatsächlicher Verhältnisse und Extremwetterereignisse, noch nicht vor. Derzeit laufe noch das Verfahren. Nachfolgend ergänzte Herr Dr. Liedtke, dass der Lippeverband im bisherigen Verlauf des Bauleitplanverfahrens schriftlich mitgeteilt habe, keinerlei Bedenken hinsichtlich der Planung zu haben.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich anschließend nach dem Volumen des Regenrückhaltbeckens, welches das Regenwasser aus dem Plangebiet ableiten soll.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte den anwesenden Ausschussmitgliedern die Technik des Regenrückhaltebeckens und fügte ergänzend hinzu, dass die Größe des Regenrückhaltebeckens hydraulisch berechnet wurde.

Herr **Fuhrmann** plädierte dafür die Stellungnahme des Lippeverbands abzuwarten.

Herr **Heidler** bekräftigte, dass der Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss keine risikobehaftete Planung beschließen würde.

Herr **Madeja** berief sich auf Statistiken, welche den Klimawandel thematisieren würden. Es sei möglich, dass die aktuelle Planung nicht zukunftsfähig sei.

Herr **Kobus** erkundigte sich, welche Dachformen in dem Bebauungsplan 78 Ka – „Wohnen am Fluss“ festgesetzt werden würden.

Herr **Breuer** erläuterte, dass der Bebauungsplan unterschiedliche Dachformen vorsehe. Es sei zudem möglich Retentionsflächen zu schaffen durch die Begrünung von Flachdächern oder Pultdächer bis 15 Grad Neigung.

Herr **Aschhof**f wies darauf hin, dass der Nutzungskonflikt von einem möglichen Überlauf der nördlich verlaufenen Seseke ausgehe. Die Bodenbeschaffenheit in dem Plangebiet „Wohnen am Fluss“ sei nicht anders, als an anderer Stelle im Kamener Stadtgebiet.

Herr **Kissing** fügte hinzu, dass die Renaturierung der Seseke bereits dazu beigetragen habe, das Überschwemmungsrisiko einzudämmen. Zudem vertraue er auf moderne Techniken, um das Risiko einer Gefahr einzudämmen.

Herr **Wilhelm** kritisierte, dass die Bedenken der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, aufgrund der fehlenden Gutachten, nicht nachvollziehbar seien.

Zu TOP 11.

Bauvorhaben im Stadtgebiet

Radweg Hilsingstraße

Herr **Dr. Liedtke** informierte die anwesenden Mitglieder des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses darüber, dass der Auftrag für die Sanierung und Asphaltierung für den Radweg an der Hilsingstraße in Kamen-Methler bereits vergeben sei und folglich zeitnah mit den Arbeiten begonnen werde.

Radweg Eilater Weg

Des Weiteren berichtete Herr **Dr. Liedtke**, dass ein Förderantrag für die Strecke zwischen der Westicker Straße und Fritzer-Erler-Straße bereits gestellt sei. Voraussichtlich werde mit den Bauarbeiten nächstes Jahr begonnen, fügte Herr Dr. Liedtke hinzu.

Radweg Kurler Busch

Im Anschluss teilte Herr **Dr. Liedtke** den anwesenden Ausschussmitgliedern mit, dass sich der Wirtschaftsweg in einem

schlechten Zustand befinde. Daher sei geplant, den Wirtschaftsweg neu zu asphaltieren. Der Förderantrag wurde bereits bewilligt. Die Maßnahme werde im nächsten Jahr umgesetzt.

Zu TOP 12.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

13.1 Mitteilungen der Verwaltung

Lärmaktionsplan (3. Runde)

Herr **Dr. Liedtke** verwies darauf, dass der Lärmaktionsplan (3. Runde) im kommenden Mobilitäts- und Verkehrsausschuss am 27.10.2021 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werde.

Erneuerung der Fahrbahn der Hammer Straße (Ostring – Brücke Klöckner-Radweg)

Anschließend teilte Herr **Dr. Liedtke** mit, dass der Landesbetrieb Straßenbau NRW beabsichtigt die Fahrbahn der Hammer Straße zu sanieren. Parallel erneuere die Autobahngesellschaft die Autobahnbrücke. Die Autobahngesellschafft habe bereits Aufträge vergeben. Es werde die Fertigstellung des neuen Bauwerkes im November 2022 angestrebt. Damit verbunden seien über 200 Tage Verkehrsbeschränkungen auf der A2 sowie 100 Tage Vollsperrung, nach dem Brückenabbruch, auf der Hammer Straße.

13.2 Anfragen

Herr **Aschhoff** regte an, zum Schutz der Radfahrer den Radweg entlang der Kreisbaustelle an der Westicker Straße freizugeben, da die Fußgänger sowie die Schulkinder mit ihren Fahrrädern die Straße nutzen würden und dies in der Vergangenheit bereits zu gefährlichen Situationen geführt habe.

Herr **Kobus** bat zu berücksichtigen, bezugnehmend auf die Baumaßnahmen an der Hammer Straße, dass Kinder und Jugendlichen aus Hamm-Lerche die Hammer Straßen nutzen würden, um die Schulen im Kamener Stadtgebiet zu besuchen.

Herr **Dr. Liedtke** sicherte zu, diese Umstände zu berücksichtigen.

Herr **Wilhelm** merkte an, dass die Bezeichnung „Nebenzentrum“ in Kamen-Heeren-Werve nicht korrekt sei, da es das „Zentrum“ von Heeren sei.

Frau **Dörlemann** fragte nach der Parksituation in der Querstraße.

Herr **Dr. Liedtke** entgegnete auf Frau Dörlemanns Anfrage, dass das Anliegen bereits geprüft werde.

Herr **Kissing** schloss die Sitzung um 21.00 Uhr.

gez. Kissing
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer